

Sendemastbau des NDR in Nikolausberg

CDU in Stadt- und Ortsrat kritisiert fehlende Kommunikation und Transparenz bezüglich des bereits begonnenen Baues

Mit großer Verwunderung haben die Mitglieder der CDU-Rats- sowie Ortsratsfraktion Nikolausberg in den letzten Wochen den Start von Bauarbeiten an der Ecke Senderstraße und Waldrebenweg in Nikolausberg zur Kenntnis genommen. Offenkundig wird hier der alte Rohrmast durch einen Gittermast von beträchtlicher Höhe (schätzungsweise mehr als 100 m) ersetzt. „Anscheinend wurden die Anwohnerinnen und Anwohner in keiner Weise über den geplanten Bau informiert. Wir werden zurzeit von vielen Menschen in Nikolausberg angesprochen, können aber leider auch keine Auskunft geben, da auch der Ortsrat keine Informationen zu diesem Bauprojekt erhalten hat. Das ist schon außergewöhnlich“, beschreibt der Vorsitzende der CDU-Ortsratsfraktion Dr. Ulrich Haselhoff den aktuellen Stand in Nikolausberg.

Auch der Rat der Stadt Göttingen sowie dessen Ausschüsse für Umwelt, Klimaschutz und Mobilität bzw. Bauen, Planung und Grundstücke wurden anscheinend nicht über die geplante Baumaßnahme informiert. „Auch wir waren von dem Baustart äußerst überrascht. Gerade bei einem solchen Projekt sind viele Faktoren zu berücksichtigen und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger müssen unbedingt ernstgenommen werden. Aus diesem Grund haben wir bereits kurz nach Baubeginn in der letzten Sitzung des Umweltausschusses am 28. Juni eine Anfrage an die Verwaltung gestellt, um hier ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen. Die schriftliche Beantwortung unserer Fragen steht aktuell noch aus“, so Dr. Hans-Georg Scherer, der umweltpolitische Sprecher der Ratsfraktion. Die angesprochene Anfrage der Ratsfraktion deckt ein breites Spektrum von Themen ab: Wer hat von diesem Bauprojekt wann gewusst? Welche Sendeleistung wird der neue Mast haben und können Gesundheitsgefährdungen ausgeschlossen werden? Wie wird der Bau Nikolausberg beeinflussen?

„Es kann nicht sein, dass der Bau eines Mastes in dieser Größenordnung angestoßen wird, ohne jemanden darüber zu informieren. Sowohl die Nikolausbergerinnen und Nikolausberger als auch wir von Seiten der Politik haben berechnete Fragen. Wir erwarten jetzt zeitnah Antworten von der Verwaltung und behalten uns gegebenenfalls rechtliche Schritte vor, um den Bau notfalls zu stoppen“, bringt der Vorsitzende der Ratsfraktion Olaf Feuerstein die Haltung der Union in Göttingen auf den Punkt.